Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition: Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 553. Sonntag den 29. October 1893. 87. Jahrgang.

Der Dank des Königs.

Die Feier Meines 50jährigen Militairdienstjubiläums hat sich durch die Kundgebungen der Treue und Anhänglichkeit, welche Mir auch aus nicht militairischen Kreisen in großer Zahl und in den mannigfaltigsten Formen aus allen Theilen Meines Landes von Gemeinden, Vereinen und Einzelnen in Wort und Schrift, in sinnigen und künstlerisch ausgeschmückten Darbietungen zugegangen sind, nicht minder durch die reiche Ausschmückung der Gebäude, der Straßen und öffentlichen Plätze und durch die glänzende Huldigung der Bürgerschaft, der Krieger- und Gesangvereine zu einem besonders frohen Feste gestaltet. Mit freudiger Bewegung bezeuge Ich daher Allen, welche Meiner an diesem wichtigen Abschnitte Meines Lebens liebevoll gedacht haben, daß der Zweck ihrer Aufmerksamkeiten, Meine Festesfreude zu erhöhen, in vollkommener Weise erreicht worden ist. Es ist Mir ein Bedürfniß des Herzens, hierfür Meinen wärmsten Dank auszusprechen.

Dresden, 27. October 1893.

Albert.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 1. November 1893, Abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Wahl der Deputation zur Leitung der Wahlen für den katholischen Schulausschuß.
II. Reclamationen gegen Wahlen in den gemischten Ausschuß für die diesjährige Stadtverordnetenwahl.
III. Bericht über die Rathsvorlage, betr. Aufstellung von Petroleumlaternen auf dem Wege vom Schützenhofe bis zur Elsterbrücke und von da durch das Rosenthal bis an die Waldgrundstücke.
IV. Bericht des Finanzausschusses über a. Gewährung einer Beihilfe zum Bau der Heiligen Kreuzkirche; b. Aufnahme einer Anleihe für die Kirchgemeinde Leipzig-Neustadt-Neuschönefeld; c. Verwendung der bei dem Comto „Markthalle" angesammelten und noch anzusammelnden Summen.
V. Bericht des Bauausschusses über Erhöhung der Pos. 4 des Etats für Wassermesser in Conto 96 des diesjährigen Haushaltplanes.
VI. Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über die Rathsvorlage und Eingabe der Herren Kraft und Gen., betr. die Errichtung einer Bedürfnißanstalt in den vor der Ostseite der katholischen Kirche befindlichen Anlagen.
VII. Bericht des Bau- und Schulausschusses über Abbruch der an der Temmeringstraße in Leipzig-Lindenau auf dem Areale der XII. Bürgerschule gelegenen „alten Schule".
VIII. Bericht des Schulausschusses über Gewährung eines Wohnungsgeldes an den Vicedirector der XII. Bürgerschule.
IX. Bericht des Verfassungs-, Oekonomie- und Finanzausschusses über a. Rücksetzung des Rathes auf die Anträge des Collegiums zu der Vorlage, betr. die Neuregelung des Düngerexportwesens; b. die Eingabe des Verbandes der Hausbesitzer-Vereine Leipzigs in Betreff der Neuregelung des Düngerexportwesens.

Bekanntmachung,

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die vereinigte Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1894 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche **von jetzt ab bis spätestens den 11. November d. J.** in der Schulexpedition, Alte Waage, Ratharinenstraße 1, 1. Etage, Zimmer Nr. 4, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr **persönlich** anzubringen und die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig ein Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzuzeigen.

Leipzig, am 28. October 1893.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Walter. Lehnert.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 1. August d. J. wird die Ablagerung von Schutt, Asche u. s. w. in der **städtischen Sandgrube an der Salz-Straße in Leipzig-Plagwitz vom 29. d. M. ab hierdurch ausdrücklich verboten.**

Dagegen haben wir für die Stadtbezirke Leipzig-Lindenau und Leipzig-Plagwitz zur Ablagerung von Schutt, Asche, Schlamm und Hausabfällen aller Art bis auf Weiteres den **ehemaligen Lappenfußlauf in der Gothe** unweit der Aller-Brücke am Leipziger Wege mit der Maßgabe bestimmt, daß die Zufuhr der Schuttwagen **nur von der Friesen-Straße** in Leipzig-Lindenau aus durch die Gothe erfolgen darf.

Die für die Benutzung dieses Platzes zu lösenden Schuttmarken zum Preise von 30 ₰ für ein zweispänniges, von 20 ₰ für ein einspänniges Geschirr und von 10 ₰ für Handwagen können bei Herrn **Schankwirth Ifland, Wald-Straße Nr. 25** in Leipzig-Lindenau, gelöst werden.

Den Anordnungen des von uns angestellten Platzaufsehers ist bezüglich des An- und Abfahrens, sowie des Abladens unbedingt Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen ziehen eine Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechende Haftstrafe nach sich.

Leipzig, am 26. October 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
I a. 5584. Dr. Georgi. Colditz.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand erlaubt sich, andurch zu der

Mittwoch, den 1. November 1893, Nachmittags 3 Uhr

stattfindenden Feier des Nichtfestes, verbunden mit der feierlichen Einlegung der Urkunden ꝛc. in den Grundstein der Heiligen Kreuzkirche zu Leipzig-Neustadt-Neuschönefeld, die Gemeindeglieder ganz ergebenst einzuladen.

Die Theilnehmer versammeln sich von ½3 Uhr ab in der 18. Bezirksschule.

Leipzig-Neustadt, am 25. October 1893.

Der Kirchenvorstand der Kreuzparochie.
M. Pache, Pf.

Anmeldung

zur Kirchenvorstands-Wahl in der Parochie St. Petri.

Da nach Ablauf ihrer Amtsdauer die Herren

Kaufmann Carl Baumeyer,
Oberamtsrichter Friedrich Emil Kunze,
Rechtsanwalt Dr. jur. Albert Riemhold,
Kaufmann Carl Conrad Ruschpler,
Realgymnasialoberlehrer Professor Carl Moritz Neuther und
Betriebs-Inspector Wilhelm Gottlob Heinrich Winter

aus dem Kirchenvorstande der Peterskirche ausscheiden, so sind 6 Kirchenvorsteher durch die Kirchgemeinde neu zu wählen. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Stimmberechtigt zu dieser Wahl sind alle selbstständigen, im Peterskirchspiel wohnhaften Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, verheirathet oder nicht, „mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes, oder unchristlichen Lebenswandel, öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde, oder endlich nach dem Kirchengesetze vom 1. December 1876 infolge Verabsäumniß der Taufung, Taufe oder Confirmation durch die Kircheninspection ausgeschlossen sind."

Wer sein Stimmrecht ausüben will, hat sich mündlich oder schriftlich dazu anzumelden.

Die mündlichen Anmeldungen werden

Sonntag, den 29. October d. J. von 11 bis 1 Uhr und
Montag, den 30. October d. J. von 10 bis 5 Uhr

im nordöstlichen Beichthause der Peterskirche (Eingang der höheren Schule für Mädchen gegenüber) entgegengenommen.

Bei schriftlichen Anmeldungen, welche während der obengenannten Tage und auch schon vorher in der Amtswohnung des Pfarrers D. Hartung (Albertstraße 38, I.) oder in der Expedition der Kirche abgegeben werden können, muß genau angegeben werden:

1) **Vor- und Zuname,** 2) **Stand** und **Gewerbe,** 3) **Geburtstag** und **Geburtsjahr,** 4) die **Wohnung.**

Wir fordern die stimmberechtigten Glieder unserer Gemeinde herzlich und dringend auf, sich an der bevorstehenden Wahl zahlreich zu betheiligen und zu diesem Zweck die Anmeldung in der bezeichneten Weise bis spätestens **Montag, den 30. October, Nachmittags 5 Uhr** bewirken zu wollen.

Zur Peterskirchgemeinde gehören die folgenden Straßen und Plätze:

Albertstraße.
Bayerischer Platz.
Bayerische Straße Nr. 1—55 und 2—52.
Braustraße.
Carolinenstraße.
Carl Tauchnitzstraße Nr. 43—49.
Dösner Weg.
Dufourstraße.
Eisenstraße Nr. 1—67b und 2—52.
Emilienstraße.
Ferdinand Rhodestr. Nr. 9—21.
Floßplatz.
Fürstenstraße.
Gustavstraße Nr. 11—33 und 14—38.
Härtelstraße Nr. 1—19.
Handstraße.
Hohe Straße.
Johannisallee (von der Liebigstr. bis zum Windmühlenweg).
Körnerplatz.
Körnerstraße Nr. 1—65.
Kohlenstraße.
Lampestraße Nr. 3—13.
Liebigstraße Nr. 2—24.
Lößniger Straße Nr. 1—7 und 2—14.
Lützowstraße.
Mahlmannstraße Nr. 1—13.
Mozartstraße Nr. 1—23.
Münzgasse Nr. 1—11.
Nürnberger Straße Nr. 55—59 und 54—60.
Pestalozzistraße.
Peterssteinweg Nr. 17—23 und 10—18.
Robert Schumannstraße.
Schletterstraße.
Schreberweg Nr. 1a, 1 und 2.
Schwägrichenstraße (v. d. Mozartstraße bis Pestalozzistraße).
Silvienstraße.
Simsonstraße Nr. 2—11.
Sophienplatz.
Sophienstraße.
Turnerstraße Nr. 27 und 29.
Windmühlenstraße Nr. 41—49 und 26—56.
Windmühlenweg.
Zeitzer Straße.

Leipzig, den 21. October 1893.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Hartung, Pfarrer.

Bekanntmachung.

Verloren gegangen sind die **Arbeitsbücher**

des Uhrmachergehilfen Wilhelm Franz **Wendt,** geb. 29./1. 73 in Leipzig (bal. 456 87);
des Zimmergesellen Friedrich Oswald **Gatzsche,** geb. 17./3. 76 in Leipzig (bal. 19091/1892);
des Maurergehilfen Friedrich Karl **Steigner,** geb. 5./4. 73 in Volkmarsdorf (Leipzig 13573 1892);
der Arbeiterin Elisabeth Rosa Valeska **Kreutzmann,** geb. 6./10. 75 in Leipzig (bal. 7825/1892);
des Schlossergesellen Gustav Emil **Kretzschmar,** geb. 14./5. 74 in Leipzig (bal. 3349 1892);
des Restaurateurlehrlings Karl Hermann **Schräpler,** geb. 29./11. 77 in Blankenburg a. H. (bal. 1892);
des Arbeitsburschen Paul **Köhler,** geb. 26./3. 76 in Leipzig (bal. 802 1892) und
des Sattlergehilfen Friedrich Gustav **Börner,** geb. 1./6. 75 in Eichefeld (Leipzig 580 1893).

Wir bitten, diese Arbeitsbücher im Auszahlungssaale, Naschmarkt 2, Erdgeschoß, abzuliefern.

Leipzig, am 27. October 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Pezoldt.

Die Wirren in Oesterreich.

∞ **Wien,** 26. October.

In dem schönen Liede von der „Seestadt Leipzig" ist bekanntlich von einem Greise auf dem Dach die Rede, den die Hochfluth bedroht. Unser in allen Lagen des „Fortwursteins" sich zurechtfindender Ministerpräsident Graf Taaffe gleicht augenblicklich wirklich jenem „Greis, der sich nicht zu helfen weiß". Die „dreieinige Majorität" steigt ihm aufs Dach. Er ist von dem sonst stets hilfsbereiten Hohenwartclub und ebenso von den getreuen Polen verlassen. Nur die Jungczechen, über deren Hauptstadt Prag er den kleinen Belagerungszustand verhängen mußte, sind für seine Wahlrechtsreform. Noch weniger in Betracht aber kommen die beiden Socialdemokraten Kronawetter und Pernerstorfer, sowie die Antisemiten Schlesinger und Consorten, welche sich diesmal für ihn erklärten. Ist auch keine Aussicht vorhanden, daß der Taaffe'sche Wahlrechtsentwurf je Gesetzeskraft erlangen wird, so ist Graf Taaffe und sein getreuer Helfer Dr. Steinbach wenigstens in eine recht nette Gesellschaft gerathen. Dr. von Plener schloß seine Rede mit den Hinweis auf die neuesten parlamentarischen Stilblüthen des leitenden Staatsmannes und meinte: „Wir (die „Vereinigte deutsche Linke") überlassen die Regierung jetzt ihrem Schicksale; möge sie sich mit den neuen Alliirten abfinden, wie sie kann — darüber wollen wir ihr keine Rathschläge ertheilen; unsere Stellung ihr gegenüber ist gegeben."

Dieses Wort des Führers der Deutschen hat befreiend auf die ganze Partei gewirkt. War man doch schon seit längerer Zeit mit der zu gemäßigten Haltung Plener's unzufrieden. Namentlich die Deutschen in Böhmen verlangen gegen diese deutschfeindliche Regierung eine entschiedene Oppositionsstellung. Ganz gegen Erwarten sind durch den neuesten Staatsstreich des Schaukpielers Taaffe sowohl der conservative Hohenwartclub als auch der Polenclub den Deutschliberalen näher getreten. Man sieht in allen patriotischen Kreisen ein, daß dem Staate ernste Gefahr droht, sofern Leute wie Taaffe und Steinbach Oberwasser behalten. Allgemein wird der Sturz dieses Ministeriums gewünscht und zugleich wird bedauert, daß Graf Taaffe so fest in dem Vertrauen seines kaiserlichen Jugendfreundes sitzt, daß ihn selbst die allgemeine Entrüstung der staatserhaltenden Parteien nicht hinwegfegen kann. Darüber, was kommen mag, die Auflösung des Abgeordnetenhauses oder die wenigstens theilweise Erneuerung des Ministeriums Taaffe, ist man sich heute selbst in sonst eingeweihten Kreisen noch nicht klar.

Etwas Verfehlteres als den Wahlrechtsentwurf der Regierung läßt sich nicht denken. Selbst Graf Hohenwart, der Vertreter des Großgrundbesitzes, hält es für nothwendig, dem bedrohten Mittelstande beizuspringen, und sagt: „Die Liberalen stehen uns doch viel näher als die Socialdemokraten." Der Polenführer Dr. von Jaworski nannte den Entwurf ein „Zwitterding zwischen Bureaukratismus und Socialismus". Ganz unbegreiflich erscheint uns die Haltung einiger reichsdeutscher Zeitungen dieser Taaffe'schen Vorlage gegenüber. Man vergißt ganz, daß in Oesterreich acht verschiedene Nationalitäten leben und sich auf Tod und Leben bekämpfen. Den Reichsdeutschen kann es doch unmöglich ganz gleichgiltig sein, ob im Abwehrkampfe der Deutschen Oesterreichs unser Volksstamm von den slawischen Volksstämmen ganz aufgerieben wird. Der vom Grafen Taaffe vorgelegte Entwurf zur Ausdehnung des Wahlrechtes erleichtert aber unseren nationalen Gegnern die Arbeit. Es fällt dem Grafen Taaffe gar nicht im Traume ein, das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht, wie es in Deutschland besteht, einzuführen. Die Interessenvertretung soll vielmehr bleiben; der feudale Großgrundbesitz soll nach wie vor seine 89 Abgeordneten in den Reichsrath entsenden; auch sonst bleibt Alles beim Alten. Nur das deutsche Bürger- und Bauerthum, das ohnehin keine übermäßig großen Wahlrechte hat, soll zu Gunsten der Arbeiter viel Sitze einbüßen.

Bei den Wahlen werden sich — falls der Taaffe'sche Entwurf angenommen würde — in Zukunft die Bürger und Socialdemokraten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zerfleischen, während die alten Feinde des Fortschritts und der Volksfreiheit im geschlossenen Zusammenraume sitzen und sich vor Vergnügen die Hände reiben. Wird dieser Parteikampf zu arg ausarten, so schreitet die Gewalt ein . . . . .

Volkswirthschaftlich betrachten wir die Taaffe'sche Wahlreform für ein Unglück, weil ein rein politischer Partei- oder Classenkampf noch mehr entfesselt wird und immer weniger Zeit und Stimmung zur Lösung großer Wirthschaftsfragen vorhanden sein werden. Was wir unter „Lösung der socialen Frage" vernünftiger Weise verstehen müssen, die Besserung der Erwerbsverhältnisse für Alle, das wird unter dem ewigen Zanken um des Kaisers Bart leiden. Wenn Industrie und Handel noch mehr zurückgehen, während die Steuern zunehmen, so tritt mit Naturnothwendigkeit ein Staats- und Volksbankerott ein. Allerdings wird auch die allgemeine Unzufriedenheit wachsen; es werden die Anarchisten sich noch mehr als bisher zum „Wort" melden. Das Alles steht ebenso fest, als die Niederwerfung des Anarchismus durch Bajonette und Kanonen. Aber, aber! Arbeit und Brod, reichlicher Verdienst für Alle ist auf diesem Wege schwerlich zu erreichen.

Denn nur Friede ernährt, während Unfriede zehrt.

Gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes an sich besteht keine Abneigung. Im Gegentheil wird solche angestrebt. Für Oesterreich, das eine Interessenvertretung hat, würden die von Plener längst vorgeschlagenen „Arbeiterkammern" am besten passen. Sie sichern vor Allem eine gewisse Vorbildung von neuen Volksvertretern für die Mitwirkung zur Gesetzgebung. Oder soll das Parlament nur zur Wiederholung von Volksversammlungsphrasen dienen? Oder gar der Weg sein, um mit der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, mit der Familie und dem Eigenthum aufzuräumen? Mit den verschwommenen Ideen vom socialistischen Zukunftsstaat bleibe man uns fern. Wir bauen nicht gern Luftschlösser, sondern stellen uns auf den Boden der Wirklichkeit.

Der Finanzminister Dr. Steinbach steht im Rufe, den Taaffe'schen Wahlreform-Entwurf mitveranlaßt zu haben. Ehe Steinbach Minister war und einsah, daß ein Minister mit den reellen Thatsachen rechnen müsse, hat er ein recht lesenswerthes Buch über die Pflichten des Besitzes zur Manchem aus der Seele geschrieben. Er will unzweifelhaft, wie alle seine Genossen von der großen Zunft der Katheder-socialisten, das Gute, kann aber nicht verhüten, daß Böses geschaffen wird.

Daß der Besitz verpflichtet, ist allbekannt. „Wer zwei Röcke hat, gebe Dem einen, der keinen hat." Unsere Katheder-socialisten aber begehen mit Vorliebe den Irrthum, daß sie auf die Industrie loshacken und ohne Kenntniß bestehender großer Verpflichtungen die Industrie immer mehr belasten möchten. Das mobile Großcapital tritt ja beschenden zurück, während große Fabriken als „Besitz" für Jeden sichtbar und Neid erregend hervortreten. In Wahrheit aber kann die zu starke Belastung der Industrie, der productiven Arbeit, nur den Unternehmungsgeist schwächen und die Arbeiter schädigen. Wer die Milchkuh schlachtet, hat nur einmal etwas und dann nichts mehr. Herr Katheder-socialist Dr. Steinbach ist, wie es heißt, zugleich ein großer Freund des Großgrundbesitzes und übersieht zweifelsohne, daß (namentlich in Oesterreich) eine große sociale Reform von dieser Seite ausgehen müßte. Denn das Latifundienwesen steht im Widerspruch mit dem Wachsthum der Bevölkerung. Eine zeitgemäße Theilung des zu großen Besitzes würde viele tausend neue selbstständige Existenzen schaffen und durch den Fleiß der freien Bauern den Bodenreichthum bedeutend steigern. Auch die Steuerkraft des Landes würde sich heben. Ja, durch Ausgabe von 3proc. Landbriefen an die Großgrundbesitzer würde selbst für diese eine bessere Rentabilität ihres verkauften Eigenthums erzielt werden können.

Wir deuten hier nur kurz diese wichtige Sache an, um zu beweisen, daß man die ganze sociale Reform bei uns am verkehrten Ende anfaßt, das Wichtigste übersieht und Unheil schaffen wird, indem Industrie und Handel durch Parteifeindschaft ꝛc. noch mehr als bisher beunruhigt und geschädigt werden.

Daß die im Vorstehenden geschilderten Wirren in Oesterreich sich bereits zur Krisis gesteigert haben, die endlich dem Regimente des Grafen Taaffe das längst verdiente Ende bereiten wird, geht aus folgenden telegraphischen Meldungen hervor:

R. **Wien,** 28. October. (Privattelegramm.) Die Krise ist auf dem Höhepuncte angelangt. Das Ministerium Taaffe hat zwar noch nicht formell seine Entlassung gegeben, aber Angesichts der Coalition der drei großen Gruppen des Abgeordnetenhauses ist sein Rücktritt unvermeidlich. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, das Entlassungsgesuch werde angenommen werden. Gestern spät Nachts lief in Pest vom österreichischen Ministerium eine Depesche ein, worin der Kaiser gebeten wird, einem Ministerrathe zu präsidiren, worin die Krise zur Lösung gelangen soll. Der Kaiser wurde nach einigem Zögern Nachts geweckt und gab Befehl zur Abreise, die heute Mittag erfolgte. Die Stellung des Ministeriums gilt auch bei Hofe als erschüttert. Auch die Führer der parlamentarischen Gruppen werden die Berufung an das kaiserliche Hoflager erhalten. Der Kaiser trifft Nachmittags hier ein und verbleibt zwei bis drei Tage in Wien. Das Abgeordnetenhaus wird sich bis Donnerstag vertagen. Feststehende Thatsache ist jedenfalls das Ausscheiden mehrerer Mitglieder des Cabinets.

R. **Wien,** 28. October. (Privattelegramm.) Nach Meldungen aus dem Abgeordnetenhause dürfte der Versuch gemacht werden, ein Coalitionsministerium zu bilden. An eine Neubildung des Cabinets Taaffe wird nicht mehr